

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Mehrarbeit der Bauarbeiter

In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und anderen Blättern Westdeutschlands erschien kürzlich folgende Notiz:

„Ein Vorschlag an die Bauarbeiter. Die Wohnungsnot in Deutschland ist groß. Der Wohnungsneubau, der allein uns retten kann, kommt nicht vom Platz: es fehlt an Geld, an Baumaterial und schließlich auch an Arbeitskräften. Um dem Mangel an Arbeitskräften zu begegnen, wendet die „Sozialdemokratische Gemeindezeitung“ (Nr. 19) sich an die Bauarbeiter: „In richtiger Erkenntnis, daß von der Wohlfahrt unserer Existenz abhängt, haben die Bergarbeiter unter Zurückstellung eigener Interessen jetzt das zweite Uebereinkommen gutgeheißen. Ihre Opferwilligkeit verdient Nachahmung. Im Wohnungsbau stehen wir mitten in der Katastrophe. Was durch die Bereitschaft der Bergarbeiter in der Gesamtwirtschaft verhindert wurde, muß durch die Bauarbeiterschaft auf diesem Gebiet vermieden werden. Tausende Familien, Väter, Mütter und Kinder werden es den Bauarbeitern danken, wenn sie in der Stunde der Gefahr für Volk und Zukunft einspringen und der Welt zeigen, daß in ihnen soldatarische Disziplin und Opferbereitschaft festliegt. Wenn sich allerdings die Organisationen zusammenschließen und beraten, kann unter vollständiger Aufrechterhaltung der tariflichen Grundzüge und des Achtstundentages ein Uebereinkommen getroffen werden, das freudige Anerkennung in allen Volksteilen finden wird.“ Es wäre sicher freudig zu begrüßen, wenn dieser Vorschlag bei den Bauleuten eine freundliche Aufnahme fände.“

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ hat sich allezeit als eine zuverlässige Freundin der Bauarbeiter erwiesen. Auch von der „Sozialdemokratischen Gemeindezeitung“ wird man annehmen müssen, daß die größte Sorge um das Allgemeinwohl sie zu der Mahnung an die Bauarbeiter veranlaßt hat. Auf die ehrlich gemeinten Ratschläge wollen wir eine ehrliche Antwort geben.

Grundsätzlich brauchen wir zu der Frage nicht mehr Stellung zu nehmen; wir haben dies bereits vor zwei Jahren getan. In Nr. 41 der „Baugewerkschaft“ vom 10. Oktober 1920 legten wir auf Grund bestimmter Vorgänge ein klares und entschiedenes Bekenntnis zum Achtstundentag der Bauarbeiter ab. Wir taten es unter Hinweis auf die Sonderverhältnisse des Bauarbeiterberufs, die den Achtstundentag im Baugewerbe nicht nur angebracht erscheinen lassen, sondern ihn geradezu notwendig machen. Aber wir fügten damals hinzu:

„Streichlich können Fälle eintreten, die ein vorübergehendes Abweichen vom Achtstundentag notwendig machen. Wir leben unter dem Versäusler Friedensvertrag, der uns das Verfügungsrecht über uns selbst gewährt hat. Einer Notwendigkeit aus diesem Vertrage haben unsere Bergarbeiter sich bereits beugen müssen, indem sie, um das Leben der Nation zu retten, das bekannte Uebereinkommen schlossen. Das haben unsere Bergarbeiter getan, denen wahrlich niemand den Vorwurf der Beiseitretung wird machen wollen. Auch im Baugewerbe kann der Fall eintreten, daß zur Behebung der akuten Wohnungsnot die vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen und deshalb Mehrarbeit von den Bauarbeitern verlangt werden muß. Dann würden wir auch noch grundsätzlich am Achtstundentag festhalten, aber wegen eines Uebereinkommens mit uns leben lassen. Darüber dürfte es auch in der gesamten Bauarbeiterschaft kaum eine Meinungsverschiedenheit geben. Allerdings scheint eine solche Möglichkeit noch in weiter Ferne zu liegen. Vorläufig beschäftigt uns die umgekehrte Frage: Wie können wir der großen Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter Einhalt tun? Da kann ernstlich nicht über Mehrarbeit, sondern nur über eine Streckung der Arbeit gesprochen werden.“

Im letzteren sind die Meinungen bezweifelhaft, die vor zwei Jahren einer Mehrarbeit der Bauarbeiter entgegenstanden. Solche bestehen aber auch heute noch.

Stellen wir vorerst noch einmal den bisherigen Verlauf fest.

Das Wohnungselend braunte uns schon beim Kriegsende auf den Fingernägeln. Erzdämmen ließ die Bautätigkeit in den Jahren 1919 und 1920

äußerst gering. Es wurde nur eine sehr beschränkte Anzahl Siedelungen gebaut, die industrielle und sonstige geschäftliche Bautätigkeit ruhte fast ganz. Die Folge war eine gewaltige Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, die sich bis tief in das Frühjahr 1921 hineinzog. Wir stellen fest: In einer Zeit, in der die Herstellung von Wohnungen noch verhältnismäßig sehr billig war, und zehntausende fleißige Hände darauf warteten, beschäftigt zu werden, ist wenig, allzu wenig getan worden, um der Wohnungsnot durch Wohnungsneubau ernstlich zu Leibe zu rücken. Wir lassen es uns nicht anreden: Es hat in den weitesten Volksteilen und nicht zuletzt an verantwortlicher Stelle (Regierung und Parlament) daran gefehlt, das Problem, das es hier zu lösen galt, frühzeitig in seinem ganzen Umfange zu erkennen. Nicht nur ist dadurch die Wohnungsnot ins Ungemeinere vergrößert worden, sondern der Fehler erweist sich auch um deswillen verhängnisvoll, weil durch eine umfangreiche Bautätigkeit unser Volksvermögen um große Werte bereichert worden wäre, die die Feinde nicht aus dem Lande tragen könnten. Gewiß, es hat damals an Baustoffen gefehlt, und der Baustoffmangel war wiederum eine Folge des Kohlenmangels. Ob aber bei einer von vornherein richtigen Erfassung des Wohnungsproblems nicht eine bessere Versorgung der Baustoffindustrie mit Kohle sich hätte ermöglichen lassen, ja, sogar hätte ermöglichen lassen müssen, ist eine Frage, die für uns auch heute noch offen steht. Es ist nicht zu bestreiten, daß in jener Zeit volkswirtschaftlich viel weniger bedeutungsvolle Gewerbe und Betriebe mit Kohle beliefert worden sind.

Nun ist richtig, daß es im laufenden Jahre und teilweise auch im Vorjahre an Bauarbeitern gefehlt hat. Der Wohnungsbau allein hat diesen Mangel bestimmt nicht hervorgerufen, denn er ist auch im laufenden Jahre gering gewesen. Die für das Jahr 1922 bewilligten Baufostenzuschüsse haben die Erstellung von 200 000 Wohnungen vor. Infolge der im Laufe des Jahres eingetretenen riesigen Baufostenverteuerung, vor allem bei den Baupreisen, ist die bereitgestellte Summe bereit zum Mengengesamtpfist, daß damit tatsächlich noch keine 30 000 Wohnungen gebaut worden sind. Stark war lediglich die Bautätigkeit in der Industrie und sonstigen Geschäftswelt. Soweit es sich um die Neuherstellung, Erweiterung und Verbesserung von Produktionsstätten handelt, kann diese Bautätigkeit nur begrüßt werden. Daneben sind aber Bauwerke von volkswirtschaftlich viel geringerer oder gar keiner Bedeutung hergestellt worden. Kinos, Gaststätten mehr oder weniger zweifelhaften Charakters und Wohnungsluxusbauten sind in nicht geringer Zahl entstanden. Auch darüber, ob die umfangreichen Neuhau- und Erweiterungsbauten der Banken einen volkswirtschaftlichen Gewinn darstellen, wird man verschiedener Meinung sein. Aber abgesehen davon, daß es nicht gleichgültig sein kann, was und wozu heute gebaut wird, und aus welchen Ursachen also der Bauarbeitermangel entstanden ist, ist auch die industrielle und sonstige geschäftliche Bautätigkeit bereits wieder im Abflauen begriffen. Aus dem Munde führender Großindustrieller haben wir wiederholt gehört, daß die (mit Recht oder Unrecht angeführte) Kapitalnot die Werke zwingt, die Neuhau- und Erweiterungsbauten weitgehend einzuschränken, wenn nicht ganz stillzulegen. Die Praxis stimmt damit durchaus überein. Wenn nicht die begonnenen Industriebauten noch fertiggestellt würden, dann wären wahrscheinlich heute schon zahlreiche Bauarbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen. Uebrigens stellte ein Bericht des Landesamts der Rheinprovinz bereits für Anfang Oktober fest, „daß Bauarbeiter stellenweise in der Industrie Arbeit suchen, was noch nicht auf die frühe Kälte, sondern auf die Kapitalnot zurückzuführen sei.“ Ein Symptom vorerst nur, gewiß, aber es steht nicht allein. Bekannt ist der Beschluß des Deutschen Städtetages, der den Kommunen empfiehlt, wegen der finanziellen Schwierigkeiten die gemeindliche Bautätigkeit vorläufig einzustellen.

Wohl hat das Reich, um die Fertigstellung der begonnenen Wohnungsbauten zu ermöglichen, die Summe von 3 Milliarden Mark (den sogenannten Ruinenfond) zur Verfügung gestellt, und von den Ländern hat Preußen die gleiche Summe bewilligt. Aber das bedeutet bei der heutigen Höhe der Baukosten nicht viel mehr als einen Tropfen auf einem heißen Stein. Im übrigen sind die Gelder, die zur Bezuschussung der Wohnungsbauten zur Verfügung standen, längst erschöpft, sie haben, wie schon erwähnt, nur zur Herstellung von etwa 30 000 Wohnungen gereicht. Und wie steht es um die zukünftige Finanzierung des Wohnungsbauwesens?

Diese Grund- und Kardinalfrage jeglicher Wohnungsbautätigkeit im neuen Jahr, ohne deren Erledigung alles Gerede von notwendiger Mehrarbeit der Bauarbeiter eitel Zeit- und Kraftvergeudung ist, liegt heute noch völlig im Dunkeln. Bekanntlich ist der Wohnungsbau, als notwendige Folge des Wohnungszwangswirtschaft, heute fast ganz auf das System der Baufostenzuschüsse aus öffentlichen Mitteln eingestellt. Man geht von dem Grundsatz aus, daß die Wohnungswirtschaft als Ganzes sich selber tragen muß dergestalt, daß die Inhaber der alten, billig erstellten Wohnungen mit niedrig gehaltenen Mieten zu den Kosten der neueren Wohnungsbauten beitragen müssen. Das geschieht mittels der Wohnungsabgabe, die den öffentlichen Organen die Mittel für die Baufostenzuschüsse an die Hand gibt. Wir halten dieses System grundsätzlich auch heute noch für richtig. Aber in der praktischen Durchführung sind schwere Fehler gemacht worden. Einmal sind die Baufostenzuschüsse regelmäßig zu spät und dann in unzureichender Höhe bewilligt worden. Die Folge war eine Zusammendrängung der Bautätigkeit auf die wenigen Sommermonate, wodurch der Bauarbeitermangel über Gebühr verschärft, ja, vielfach erst hervorgerufen wurde. Die Unzulänglichkeit der Mittel findet ihre Ursache und Erklärung in der allzu niedrig gehaltenen Wohnungsabgabe und weiter in der Tatsache, daß die Wohnungsabgabe hart oder doch beinahe hart gehalten wurde, während man sie, der fortschreitenden Geldentwertung entsprechend, glatte hätte gestalten müssen. Durch diese Umstände ist eine außerordentliche Unsicherheit in das Baugewerbe getragen worden, die ihre volle Schärfe aber erst dadurch erhielt, daß die Baufostenzuschüsse von Jahr zu Jahr bewilligt wurden. Die Einstellung der Bautätigkeit auf lange Sicht und die Verteilung der Bauarbeiten möglichst gleichmäßig auf das ganze Jahr wurde dadurch radikal unterbunden. Ueber die psychologischen Wirkungen eines solchen Zustandes auf die Bauarbeiter kann man nicht im Zweifel sein. Die Gefahr drohender Arbeitslosigkeit hat sie in den letzten vier Jahren nie verlassen, sie taucht auch bei guter Beschäftigung im Sommer, an Schlusse jedes Jahres neu auf. So auch jetzt wieder.

Denn wie bemerken schon, daß bezüglich der Bautenfinanzierung für das kommende Jahr einwillen noch alles in der Schwebe ist. Unser Deutscher Gewerkschaftsbund ist bereits Anfang Oktober mit Vorschlägen hervorgetreten, die ein ganzes Bauprogramm enthalten. Die freien Gewerkschaften haben ebenfalls Vorschläge gemacht. Dann hat der Wohnungsausschuß des Reichstages bezw. dessen Unterausschuß in wochenlangen Beratungen manche nützliche Vorarbeit geleistet, wenngleich seine endgültigen Beschlüsse als unzulänglich bezeichnet werden müssen. Hinterher haben sich die drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände in einer gemeinsamen, besonders bringlich gehaltenen Eingabe direkt an den Reichsminister gewandt. Geht es trotz alledem bis heute nichts. Von den Baufachverständigen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß, wenn ein Verlaufs des Baugewerbes im Frühjahr vermieden werden soll, dann spätestens im November die Baugelder für das neue Jahr zur Verfügung stehen müssen. Es scheint leider, als wenn dieser Ruf auch dieses Mal wieder ungehört verhallen sollte. Die größere Schuld an diesem Versagen trifft nicht so sehr die Regierung, die wiederholt ihren guten

Willen bekundet hat, als vielmehr den Reichstag. Er hat bisher alles getan, um sich an der unpopulären Aufgabe einer wesentlichen Erhöhung der Wohnungsabgabe vorzubereiten. Einen anderen, besseren Weg der Wohnungsbaufinanzierung hat er gleichwohl nicht zu zeigen vermocht. Solange aber der eben gekennzeichnete Zustand anhält, schwebt das Baugewerbe zwischen Baum und Horle und mit ihm die Bauarbeiterschaft, die, wie schon bemerkt, die Unsicherheit ihrer Existenz vielleicht niemals brücker empfunden hat, als in diesen letzten vier Jahren. Soviel ist gewiß: Bleibt der Reichstag seiner schlechten Gewohnheit treu und bewilligt die Baugelber wieder erst im letzten Augenblick, also so gegen Mitte oder Ende Februar, dann wird bestimmt im nächsten Frühjahr Arbeitslosigkeit das Los sehr vieler Bauarbeiter sein. Drohende Arbeitslosigkeit ist aber wohl kein geeignetes Mittel, die Arbeiterchaft für Mehrarbeit zu gewinnen.

Aus unseren kurzen Darlegungen dürfte mit genügender Klarheit hervorgehen, in welcher Richtung der Hebel angelegt werden muß, wenn in der Bekämpfung der Wohnungsnot endlich eine durchgreifende Besserung erzielt werden soll. Nicht mit der Mehrarbeit der Bauarbeiter kann angefangen werden. Erst muß das Baugewerbe aus seiner heutigen Existenzunsicherheit herausgehoben werden, damit es seine Tätigkeit wieder auf lange Sicht einstellen kann, und damit der Druck ständig drohender Arbeitslosigkeit von den Bauarbeitern genommen wird. Es müssen also ergiebig und vor allem ständig fließende Quellen für die Finanzierung des Wohnungsbau geschaffen werden. Diese können, wie die Verhältnisse heute liegen, neben einer verstärkten Heranziehung der Arbeitgeber zum Wohnungsbau und einer entsprechenden Regulierung der Baustoffwirtschaft, nur in der Wohnungsabgabe gefunden werden, die erstmalig am 1. Januar bedeutend erhöht und dann gleichzeitig dem Stande der Geldentwertung angepaßt werden muß. Wenn dann die industrielle und gemeindliche Bautätigkeit den geringen Umfang annimmt, der nach dem jetzigen Stande der Dinge erwartet werden muß, dann wird auch innerhalb der tariflichen Arbeitszeit mit den vorzuziehenden Arbeitskräften Bedeutendes im Wohnungsbau geleistet werden können. Sollte trotzdem Mangel an Bauarbeitern eintreten, so wäre die Bautätigkeit für volkswirtschaftlich weniger bedeutungsvolle Zwecke (Kinos, Gaststätten, Logisvillen usw.) stärkstens zu beschränken, nötigenfalls ganz zu unterbinden. Wenn auch dann die Arbeitskräfte noch nicht ausreichen, nun, dann bleibt bestehen, was wir vor zwei Jahren schon sagten: Dann werden, so glauben wir, die Bauarbeiter nicht weniger Gemeinsinn beweisen als die Bergarbeiter und wegen eines Ueberstundenabkommens mit sich räden lassen. Aber so weit sind wir noch nicht. Das Wort hat nun der Reichstag.

Erkenntnis — aber kein Wille zum Handeln

Die Dinge, die sich gegenwärtig auf dem deutschen Rohstoffmarkt abspielen, sind so ungeheuerlich, daß sie der breiten Öffentlichkeit gar nicht laut genug in die Ohren geäußert werden können. Fichtenrundholzpreise von 60-70000 M pro Festmeter sind seit den letzten Tagen gang und gäbe geworden — als Folge davon wird in einigen Wochen der Festmeter Bauholz 120- bis 180000 M kosten. Verteuerung also auf das 2-300fache. Sehrlich liegen die Verhältnisse beim Papierholz. Auf Grund der neueren Preissteigerungen muß damit gerechnet werden, daß wir innerhalb kürzester Frist für das Kilo Druckpapier 4-500 M werden zahlen müssen, d. h. für ein unbedrucktes Zeitungsblatt 4-5 M! Noch verheerender ist die Preissteigerung auf dem Grubenholzmarkt, wo die Preise auf den 500fachen Satz der Friedenspreise hinausgetrieben worden sind.

Angesichts dieser Entwicklung bekommt es nunmehr fast die Holzhandelserschaft mit der Angst zu tun. Ihrem offiziellen Organ, „Der Holzmarkt“, muß man zugehen, daß er schon lange vergeblich ahnt und warnt, allerdings ohne wirklich erfolgversprechende Vorschläge zu machen.

So schreibt er in Nr. 255 unter der Überschrift „Preiswahnwitz am Grubenholzmarkt“:

„Wie es in letzter Zeit am Grubenholz- und Papierholzmarkt zugeht, das grenzt tatsächlich an Wahnsinn. Denn am Monatsersten die Druckpapierpreise wie z. B. am 1. November um fast das Doppelte erhöht werden, so wird in der Begründung die hauptsächlichste Schuld dem „Holzwucher“ zugeschrieben. Sofort nach Inkrafttreten dieser unerhörten Preissteigerung für Papier bieten die Papierfabriken auf den Holzgerinnen die doppelten und dreifachen Preise für Papierholz wie im vorausgegangenem Monat. Man sieht aus dieser Entwicklung genau, daß die Preissteigerung des Fertigproduktes (hier Papier) nicht etwa erstigt auf Grund der Holzpreise des vorangegangenen Monats, sondern umgekehrt: erst wird das Fertigprodukt maßlos im Preise in die Höhe getrieben und dann vermöge der gewaltig erhöhten Betriebsausgaben das Holzprodukt um jeden Preis an sich gerissen.“

Danach sollte es fast scheinen, als ob wir in Deutschland eine richtige Holzwarenschaft hätten. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall, wie ja kürzlich von uns in

der „Baugewerkschaft“ dargelegt wurde. Die Ursache dieser schmerzhaften Knappheit ist vielmehr darin zu suchen, daß einmal von Spekulanten riesige Holzmassen einzig und allein zu Spekulationszwecken angekauft und aufgeschleppt werden, ferner, daß auf Umwegen große Holzmassen entweder direkt oder als verarbeitetes Produkt, aus Papier, ins Ausland verschoben oder aber regulär ausgeführt werden und schließlich, daß die Privatbesitzer aus erklärlichen Gründen mit dem Einschlag zurückhalten, um so ihr Monopol auf das äußerste steigern zu können.

Eine Andeutung hierüber findet sich in einem Referat des Dr. Wall, das auf einer Versammlung der Holzhändler von Sachsen-Anhalt gehalten wurde: „Dem Privatwaldbesitzer wird durch die konfiszierende Wirkung der Einkommensteuer (?) jeder Anreiz zum Einschlag genommen, da er kaum so viel von dem Erlös zurückbehält, um die Wiederaufforstung durchzuführen.“ Da also die Gewinne nicht hoch genug erscheinen, brämst man lieber den Einschlag, als daß man unerer notleidenden Volkswirtschaft und den zahllosen Wohnungslosen auch ein wenig von seinem Ueberfluß zukommen ließe. — Ein bezeichnendes Beispiel für die einseitigste kapitalistische Wirtschaftsauffassung!

In den Kreisen der Holzverbraucher macht sich dieser Politik gegenüber schon eine ganz gefährliche Stimmung bemerkbar, die in dem Schreiben einer namhaften Berliner Bau- und Möbelschleifer zum Ausdruck kommt, das der Holzmarkt ohne Kommentar abdruckt:

„Die katastrophale, sprunghafte Aufwärtsentwicklung der Preise aller inländischen Hölzer macht uns Holzverbraucher jede Kalkulation unmöglich; vor vierzehn Tagen wurden in Berlin für den Kubikmeter Kiefernholz 75000 M, vor acht Tagen 125000 M, heute 150000 M vom Plaghandel verlangt! Glaubt der Holzhandel wirklich, daß die große Menge der Tischlermeister diese amerikanische Auktion mitmachen kann? Wenn ich für einen Waggon 3750000 M anlegen soll, dann muß ich mangels Betriebskapitals meinen Betrieb sofort verkleinern bzw. einstellen.“

Die Holzarbeiter, die doch nie in ihren Forderungen bescheiden waren, bekommen jetzt den etwa 210fachen Friedenssatz als Stundenlohn, der erst nach schweren Kämpfen unter Hinzuziehung des Reichsarbeitsamtes und des Schlichtungsausschusses ihnen zugestimmt wurde. Was bedeutet für mich aber diese riesige Lohn-erhöhung gegenüber den geradezu märchenhaften Steigerungen des Holzes, die mit Forstwirtschaft und Sägewerke im trauten Verein mit dem legitimen Berliner Holzhandel aufzuzwingen?

Daß schließlich die Politik der Herren Holzagrarien die Arbeiterchaft begehrt macht, ist doch logisch. Der Deutsche Holzarbeiterverband sagt doch sehr richtig: „Süß der Tischlermeister für im Inlande gewachsenes Holz die Preise entsprechend dem Dollarkurs, so wollen auch wir unsere Löhne entsprechend hinaufordern, denn ein Keil treibt den anderen.“ Und dann schreien die Herren: Alles Glend kommt von den Arbeitern in der Großstadt! — Nein, die Herren auf dem Lande und im Walde sollen uns Tischlermeister Holz für ehrliche Arbeit zu angemessenen Preisen, den Arbeitern Kartoffeln und Brot zu erschwinglichen Geldern abgeben, dann wird weiter gearbeitet werden, und es kommen keine neuen Lohnforderungen; und das bereits arg drohende Ge- spenst schlimmster Arbeitslosigkeit wird gebannt.

Wenn dem Wahnsinn der Inflation der Holzpreise an den letzten Dollarkurs nicht Einhalt geboten wird, dann werden wir Holzverbraucher zur Selbsthilfe gezwungen. Wir gründen trotz allem mit bewußten Schwierigkeiten eine Einkaufsgenossenschaft, gehen Hand in Hand mit den ebenfalls bedrohten Arbeitern an die Regierung heran, lassen uns direkt von der Forstverwaltung geeignetes Rundholz zuweisen, und das wird dann in eigener Regie weiterverarbeitet unter Ausschaltung aller preisreizenden Zwischenglieder. — Die anfallenden Produkte, die für die Tischler nicht geeignet sind, werden gern von den ebenfalls erbitterten Zimmerleuten übernommen. Also bitte, den Dogen nicht überspannen.“

Wenn hierin die Stimmung der Holzverbraucher gegen die Forstbesitzer und den Holzhandel zum Ausdruck kommt, so schreiben die Holzhandler die Verantwortung — zweifellos mit einem gewissen Recht — in erster Linie den Forstbesitzern und dann dem Unverstand und der Raffgier des illegitimen Holzhandels zu. In diesem Sinne äußerte sich auch der bereits oben zitierte Dr. Wall auf der Versammlung der Holzhändler von Sachsen-Anhalt:

„Auch wir leben im Wahn einer ewig aufsteigenden scheinbaren Hochkonjunktur: Die Rundholzpreise im Walde haben sich, wenn wir nur die Preise für gewöhnliche Kiefern betrachten, von 1500 M im Frühjahr des Jahres auf bis über 50000 M in den letzten Tagen gesteigert. Als sie im August auf über 6000 M, im September auf 12000 M und im Oktober, zurzeit unserer Hauptversammlung, auf 20-25000 M gestiegen waren, glaubten wir, daß das Ende der Holzwirtschaft gekommen sei. Inzwischen sind noch im Oktober in großen Termijnen für schiefliches Totalitätsholz in der Raat Brandenburg und sogar in den ersten Tagen dieses Monats verschiedentlich in Braunschweig, im Harz und in Sachsen 45-55000 M je Festmeter Rundholz gezahlt worden! Am 7. November wurde in einem Grubenholztermine der Stadt Passau der Preis von 40000 M je Festmeter Grubenholz gezahlt, und in dem bekannten „Goldmarktermin“ des Forstmeisters Juno in Gortow, bei dem ja wohl eine Roggeburger Firma Höchstbietende geblichen ist, wurde mittels der Goldmarkumrechnung sogar ein Preis von etwa 60000 M je Festmeter Grubenholz erzielt, der sich bei weiterer Markverflechtung noch erhöhen kann.“

In Ostdeutschland bildet die Krone und den bisherigen Schlußstein dieser Entwicklung das Resultat des Termins der Gräflich-Schulenburgischen Forstverwaltung in Schlehe am 10. November, auf den ich kurz etwas näher eingehen will:

Es kamen dort zum öffentlichen Ausgebot 32 Lese Kiefernholz im Alter von 45-125 Jahren, darunter sehr viel schwaches und schlechtes Material. Die Tagespreise bewegten sich zwischen 15- und 30000 M je Festmeter, waren also nicht allzu niedrig gestellt. Das geringste Gebot, das bei einem Los von 20 Festmeter IV. Klasse erzielt wurde, betrug 26900 M, gegenüber 15000 M Tagel. In demselben Verhältnis zum Tagespreis lagen die übrigen Gebote, so daß Preise von 26900 M, hauptsächlich aber von 40- bis 55300 M erzielt wurden, letztere Summe für einen Schlag von 566 Festmeter mit hauptsächlich II., wenig IV. Klasse Schmettholz.

55300 M je Festmeter Kiefernholz, meine Herren, dazu ist eigentlich nichts mehr zu sagen! Wenn dieser Preis sich einbürgern und vielleicht noch gar überholt werden sollte, so braucht ein Sägewerk zur Beschäftigung von zwei Volksgenossen mit zusammen nur 5000 Festmeter ein Kapital von über 1/4 Million, ganz abgesehen von den durch Fuhrlohn und Einschmitt entstehenden Unkosten, die sich mit Notwendigkeit entsprechend entwickeln müssen. — Und dabei müssen wir feststellen, daß die Mehrzahl der Teilnehmer an dem schlechten Termin nicht etwa dem ortsfremden Handel oder dem Kreise irgendwelcher Valutainteresse entstammte, sondern die einheimische Sägewerkindustrie hat es fertiggebracht, die Tagespreise fast durchweg um 100 Prozent zu überbieten und damit einen Verlust für die nun beginnenden großen ostdeutschen Holztermine zu schaffen, wie er verhängnisvoller nicht gedacht werden kann.“

Die Worte, die sowohl seitens der Holzverbraucher wie auch des Holzhandels fallen, sind in der Tat ernst und deutlich genug. Wer daraus aber schließen wollte, daß man in diesen Krisen praktische Maßnahmen gegen den Holzwucher der Forstbesitzer zu unterstützen gedenkt, der irrt ganz gewaltig. Von irgendeiner Zwangsabgabe zu erniedrigten Preisen, wie wir sie in unserem Holzlieferungsverbande vorschlagen, will man dort nichts wissen. Und deshalb sind auch alle Versuche von jener Seite, dem Wucher beizukommen, von vorn herein zur Fruchtlosigkeit verurteilt. Wie auch sonst in unserem deutschen Vaterlande, nimmt man den Mund ganz gehörig voll, soll aber gehandelt werden, schreit man regelmäßig vor den allein uns rettenden entscheidenden Maßnahmen zurück.

Praktisch zeigt sich hier also wieder das gleiche Bild, wie wir es in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ bezüglich der Privatbaunternehmer feststellen konnten: Die Unternehmerschaft rührt zu den wichtigsten Fragen ihres Gewerbes, die über Sein und Nichtsein entscheiden, keinen Finger. Sei es nun aus Gleichgültigkeit, Eigennutz, oder aber aus Furcht, einer übertriebenen Eigentumsauffassung zu nahe zu treten. — Die Folge ist hier wie dort, daß die Arbeiterchaft, auf sich allein angewiesen, alle ihre Kräfte zur Bekämpfung dieses schamlosen Wuchers und damit zur Rettung ihres Gewerbes in Bewegung zu setzen hat.

Allgemeine Rundschau

Der nationale Geist unserer Bewegung

Er wächst auf dem christlichen Fundament unserer Bewegung. National sein, heißt nichts anderes, als für ein ganzes Volk verlangen, was wir für den einzelnen fordern: Entfaltung der nationalen Eigenarten, einer bodenständigen Kultur und echten deutschen Volkstums. Jedem Volke muß die Möglichkeit gegeben werden, seine Kultur zu entfalten. Wie der Schöpfer in jeden Menschen besondere Gaben und Begabungen hineingelegt hat, so hat er auch jedem Volk eigene Veranlagungen gegeben. Von den 1700 Millionen Menschen, die in der Welt leben, ist keiner dem anderen gleich. Von den Völkern, die sich heute in Staaten zusammengelagert haben, gleicht keines dem anderen. Wir wollen kein internationales Weltbürgertum, keinen Internationalismus, der das Eigenleben der einzelnen Völker und ihre erdverwachsene Kultur zu einem Einheitsbrei zusammenschüttelt. Die Welt wäre ohne die Eigenart des deutschen Volkes, wie Fleiß, Treue, Tiefgründigkeit, Heiligensinn, Idealismus, um vieles ärmer. Als christlich-nationale Arbeiterbewegung steht uns, weil wir erst Christen, dann Deutsche, dann Arbeiter sind, der deutsche Bauer, der deutsche Handwerker, der deutsche Industrielle in vieler Hinsicht näher, als der amerikanische, der englische, der französische Arbeiter. Wir bilden mit ihnen zusammen ein Völk- und Schicksalsgemeinschaft. Wir sind hinsichtlich der materiellen und kulturellen Aufstiegsmöglichkeiten des deutschen Volkes auf Gebet und Verberb mit den übrigen Volksgenossen verbunden. Wir wollen gemeinschaftlich mit den christlich denkenden Bauern, Handwerkern und Industriellen den christlichen Staat, den Schutz der Kirche, die christliche Schule, die christliche Familie, die Festigung der Ehe. Unser nationales Bewußtsein steht im bewußten Gegensatz zu der sozialistischen Schwärmererei, steht aber auch im Gegensatz zu jenem Nationalismus, der nicht über die Grenzen seines eigenen Volkstums, der nicht die große Völkerverbrüderung sieht, die eine Grundforderung christlicher Auffassung ist. (A. Stengerwald.)

Die Stellung der freien Gewerkschaften zur Mehrarbeit

umschreibt das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (Nr. 44 vom 11. November 1922) wie folgt: „Eine rein mechanische Anwendung des Achtstundentages haben aber die Gewerkschaften weder

verlangt, noch gebilligt. Sie haben aber notwendige Ausnahmen stets mit sich reden lassen, und bekamen um das blöde Geschrei der Kommunisten, die in jeder Ueberstundenabmachung eine Preisgabe des Achtstundentages wittern und über Verrat an der Arbeiterklasse brüllen, während ihre eigenen Anhänger selbst am allerbesten Ueberstunden schieben und darüber sogar kommunistische Demonstrationen veranstalten. Die Gewerkschaften lassen sich ihre Verteilung des Achtstundentages nicht von den Kommunisten diktieren, den sie selbst erst erkämpft haben und den ohne ihre Vorarbeit die Kommunisten niemals erobern würden. Die Gewerkschaften stehen mit ihrer ganzen Kraft für den Achtstundentag ein. Das deutsche Unternehmertum wird gut daran tun, sich das recht deutlich unterstreichen vorzumerken. Hier gibt es nichts zu holen, hier würde jeder Versuch der Rückführung zur Vergangenheit mit den schwersten Verlusten für die deutsche Wirtschaft heimgezaht werden. Auf der Basis des Achtstundentages wird eine Ueberarbeit nicht schwer sein, aber ohne diese Grundlage gibt es nur erbitterten Kampf!"

Diese Stellungnahme des offiziellen Organs der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation deckt sich völlig mit dem Standpunkte, den die christlichen Gewerkschaften in dieser Frage einnehmen.

Die Mitschuld der Spekulation

Gegenüber der Behauptung, daß allein der Verkäufer Vertrag die Schuld an der katastrophalen Selbstentwertung trage, kann nicht deutlich genug immer wieder betont werden, daß es damit keinesfalls so weit gekommen wäre, wenn nicht weite Kreise des eigenen Volkes aus egoistischen Motiven heraus, Sand in Sand mit unseren Feinden, an der Ferkritung der deutschen Währung gearbeitet hätten. Die Erkenntnis dieser Tatsache verbreitet sich immer mehr und bemerkt sich auch hoffentlich der Wille, dieser Gesellschaft ihr volks- und landesverräterisches Treiben endlich zu legen. Auf der kürzlich stattgefundenen Tagung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes führte dessen Generalsekretär Dr. Vogel völlig zutreffend aus:

„Die Währungsspekulation von heute steht nicht mehr im Einklang mit den nationalen Geboten. Vermögen werden heute in Devisen versteckt und diese gehandelt. Man legt sich heute für die Not Dollars und Gulden zurück. Wer heute ein Haus bauen will, kauft sich zunächst Devisen, damit er selbst bei fortschreitender Marktentwertung das Haus noch bezahlen kann. Großhandel und Industrie lassen sich bei Auslandsverkäufen ihre Devisen vielfach gar nicht schicken, sondern deponieren sie bei ausländischen Banken oder legen sie in ausländischen Unternehmungen an. Industrie und Großhandel haben ein gerüttelt Maß Schuld an der heutigen Marktkatastrophe, indem sie einer durchgreifenden Sanierung der deutschen Wirtschaft durch eine großzügige ausländische Kreditgewährung hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen geseht haben. Die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates bieten hierfür die Belege. Gewisse deutsche Kapitalisten scheinen geradezu auf die Marktentwertung zu spekulieren, indem sie mit Hilfe von Bankkrediten ihre Unternehmungen ausbauen und diese Kredite in entwerteter Mark zurückzahlen. Diese Kreise wären bei einer Stabilisierung der Währung bankrott. Die Geschichte der Währungsformen aller Länder zeigt, daß immer gewisse Teile der Industrie einer Währungsstabilisierung hartnäckigen Widerstand entgegengezeigt haben.“

Die Schraube der Lebensmittelpreise

Aus Kreisen der Fertigungsindustrien kommen seit einiger Zeit lebhaftere Klagen über die Preispolitik der Rohstoffindustrie, die daran schuld sein soll, daß die deutschen Lebensmittelkosten hier und da über den Weltmarktpreis liegen. Tatsächlich haben ja die in kurzer Zeit aufeinanderfolgenden Erhöhungen der Kohlen- und Eisenpreise stets eine entsprechende Verteuerung der Holz- und Fertigerzeugnisse der gesamten Industrie nach sich gezogen. Man sollte jedoch vor Abgabe eines Urteils über die Wechselwirkungen auf diesem Gebiete die Ursachen der Verteuerung etwas genauer untersuchen. Es zeigt sich nämlich die gewiß bemerkenswerte Tatsache, daß die Verbände der Fertigungsindustrien ihre Preise weit häufiger verändern, als die Rohstoffindustrie, vor allem als der Kohlenbergbau. Man kann beobachten, daß die jetzigen Erzeugnisse den häufigsten und stärksten Preissteigerungen ausgesetzt sind, bei denen die Arbeitslöhne den prozentual größten Teil der Gestehungskosten bilden. Diese Tatsache wirkt in der Öffentlichkeit ebenfalls zu ganz schiefen Werturteilen und zu unerschütterten Vorurteilen gegen die Arbeiter.

Der Anreiz der Verteuerung liegt aber auf einem ganz anderen Gebiet. Er kommt vom Lebensmittelmarkt und nicht zuletzt von der inländischen Landwirtschaft. Diese treibt durch rücksichtslose Angleichung ihrer Preise an den Dollarkurs die Kosten der Lebenshaltung von Tag zu Tag in die Höhe und zwingt dadurch die Arbeiter fortgesetzt zu neuen Lohnforderungen. Da die Löhne aber nur in seltenen Ausnahmefällen mit der Verteuerung am Lebensmittelmarkt wirklich Schritt halten, verbleibt trotz aller Lohnrückführungen schließlich doch ein stetig wachsender Entwertungsfaktor zu Lasten der Arbeiterbeholdung. Eine Ware, die bis zu ihrer Fertigstellung fünf bis zehn verschiedene Fabrikationsstufen zu durchlaufen hat, wird natürlich infolge der steigenden Lebensmittelverteuerung an fünf bis zehn verschiedenen Stellen mit Lohnaufschlägen belastet. Hieraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit von Preiserhöhungen in fünf bis zehn Industriezweigen. Auf diese Weise erklärt sich die auffällige Erscheinung, daß die Häufigkeit der Preiserhöhungen in dem Maße zunimmt, wie sich das Rohprodukt verteuert. Im Vergleich zu den vom Lebensmittelmarkt ausgehenden Anreizen zu Lohn- und Preiserhöhungen spielt

Am 2. Dezbr. 1922 ist der neunundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

tatsächlich die Preispolitik der Rohstoffindustrien nicht jene große Rolle, wie von den Verbänden der Fertigungsindustrien behauptet wird. Zu berücksichtigen ist schließlich, daß gerade seitens der Rohstoffindustrie, z. B. Kohlenbergbau, die Preiserhöhungen in den bekannten Körperlichkeiten zur Erörterung gestellt werden, wobei Vertreter der Arbeiter- und der Verbraucherschaft zumindest die Möglichkeit haben, sich zur Sache zu äußern, während die Fertigungsindustrien sich in ihre Preispolitik von niemand hineinreden lassen und die Verbraucher regelmäßig vor vollendete Tatsachen stellen.

In diesem Zusammenhange set auch auf die den Konsum außerordentlich stark belastende Unwirtschaftlichkeit der Warenverteilung hingewiesen. Während die Preisaufläufe der Industrie zu einem großen Prozentsatz durch Lebensmittelerzeugung und Lohnerhöhungen sich rechtfertigen lassen, verfährt der Groß- und Kleinhandel bei der Festlegung seiner Aufschläge ziemlich willkürlich. Von der Fabrik bis zum Verbraucher durchläuft die Ware eine ganz untröge große Zahl von Handelsfirmen, die natürlich durch ihre maßlosen Aufschläge dafür sorgen, daß die Inlandspreise hinter denen des baldtaueren Auslandes möglichst wenig zurückbleiben. So ist letzten Endes die Anarchie auf dem Gebiete der Preisfestlegung in allen Teilen unserer Wirtschaft die tiefere Ursache der bis zur Unertüchlichkeit gesteigerten Verteuerung.

Achtstundentag und Wiederaufbau

Nachdem sich August Thyssen und neuerdings auch Stinnes in höchst einseitiger und natürlich abfälliger Weise über den Achtstundentag geäußert haben, ist es von besonderem Interesse, das folgende Urteil eines anderen führenden Großindustriellen über den Achtstundentag zu vernehmen. Im Heft 17 der Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ schreibt der bekannte württembergische Großindustrielle Dr. Robert Bosch:

„Wie aber steht es mit einer Arbeitszeit von acht Stunden an sich? Als ich im Jahre 1886 meine mechanische Werkstatt eröffnete, arbeitete man noch überall zehn Stunden täglich. Von der Forderung des Achtstundentages hörte ich im Jahre 1884 in Newport zum ersten Male. Im Jahre 1904 wurde im allgemeinen die Arbeitszeit auf 9-9 1/2 Stunden, in wenigen auf acht Stunden zurückgeführt, zu diesen wenigen Betrieben gehörte der meinige, denn ich hatte nach allgemeiner Herabsetzung der Arbeitszeit 1904 den Achtstundentag eingeführt. Ich selbst habe als Maschinengehilfe die Erfahrung gemacht, und als solche war es feststehende Tatsache, daß ein Mensch nicht um so mehr leistet je länger er arbeitet. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Mensch nur eine bestimmte Arbeitsleistung erzielen kann, und daß diese Leistungsmenge sowohl bei Hand- wie bei Kopfarbeitern in acht Stunden erreicht werden kann, ohne daß er an seiner Gesundheit Schaden leidet. Niemals wäre man zu dem starren Achtstundentag gekommen, wenn die Arbeitgebererschaft sich nicht jeder Veränderung gegenüber streng und hart ablehnend verhalten hätte. In vielen Fällen könnte mehr geleistet werden, wenn nur die Arbeitererschaft will, was bisher noch nicht der Fall war. Nicht ohne Schuld der Unternehmer, auch das soll gesagt sein. Wir stehen einer Notlage von außerordentlicher Schwere gegenüber. Um diese zu verhindern, haben wir zwei Mittel, die Verlängerung der Arbeitszeit und die Rationalisierung der Betriebe. Die Herabsetzung (soll wohl heißen: Verlängerung, D. Schmitt.) der Arbeitszeit soll nur unter dem Einverständnis der Arbeitererschaft erfolgen, die Not zwingt uns zu diesem Schritte, und wenn wir ihn tun, soll er uns auch Erfolg verschaffen. Jeder, der es ehrlich meint, soll zu seinem Teil zum Wiederaufbau beitragen, der Arbeitnehmer durch Arbeitswillen, der Unternehmer durch die mögliche Verbesserung seiner Fabrikation und seiner Erzeugnisse.“

Von der Stellungnahme seiner engeren Berufskollegen Thyssen und Stinnes haben sich diese Darlegungen durch ihr Streben, nach beiden Seiten objektiv zu sein, wohlnehmend ab. Was die Sache selbst betrifft, so haben wir, soweit unser Gewerbe in Betracht kommt, das Nötige dazu im Leitartikel dieser Nummer gesagt.

Wirtschaft von heute

Die „Bauzeitung“ bringt in ihrer Nr. 43 zwei Artikel, die, so finden wir wenigstens, außerordentlich gut zueinander passen. Im ersten (zitiert aus dem „Damburger Fremdenblatt“) wird gewaltig gegen die zu hohen Löhne der Jugendblättern Sturm geblasen, die weil es nämlich „ein Unfug ist, Jugendliche über das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie hinaus zu entlohnern“. Es müsse einmal gesagt werden, daß die hohen Lohnforderungen einzelner Berufsgruppen für Jugendliche ungewollt auf eine Sabotage unseres gesamten Wirtschaftslbens hinauslaufen“. Dem zweiten Artikel, der unmittelbar hinterher folgt, muß man wörtlich gesehen unter der Ueberschrift „Wirtschaft von heute“ heißt es da: „Nützlich treffen sich zwei Freunde, die sich ein Jahr nicht gesehen hatten, und tauschen ihre Erlebnisse aus. A. erzählte B.: „Ich habe ein Unternehmen gegründet, habe am morgens früh bis abends spät tüchtig gearbeitet und knapp so viel verdient, daß ich leben konnte. Nun jedoch fehlen mir infolge der Entwertung des Geldes die nötigen Betriebsmittel.“ „Die kannst du von mir haben.“ sagte B., „wenn du mich als Teilhaber aufnimmst und mir die Hälfte des Geschäftsgewinnes abgibst.“ Darauf A.: „Wie kommst du denn an das viele Geld?“ B.: „Ich ließ mir im vorigen

Jahre von einem Bekannten 100000 Mark, kaufte dafür 3300 Gerüstbretter, das Stück zu ca. 30 Mark. Ich ließ sie auf dem Lager des Verkäufers liegen, wofür ich ihm 1000 Mark Platzmiete bezahlte. Jetzt habe ich dieselben Gerüstbretter das Stück zu 2000 Mark verkauft und erhielt dafür 660000 Mark, habe meinem Freund die 100000 Mark und 10% Zinsen = 110000 Mark zurückgegeben und habe übrigbehalten 649000 Mark, habe also rund 6 1/2 Millionen verdient, bin jeden Tag schön spazierengefahren und laufe mit der durch mein Nichtstun erworbenen Summe dir jetzt deine Arbeitskraft und dein Geschäft ab.“ — Schöne Zustände in der deutschen Wirtschaft, in der Nichtstun belohnt und Arbeit bestraft wird, in der das Unternehmertum besetzt und der Spekulant gezüchtet wird.“

Sehr richtig! Aber die „Bauzeitung“ hat nicht die ganze Anwendung aus der Geschichte gezogen. Sie gibt in der Frage: „Wodurch wird unser Wirtschaftsleben (und in weiterer Folge die Volksgemeinschaft) mehr sabotiert, durch die (angeblich) zu hohen Löhne der Jugendblättern, oder durch die längst ins Schamlose getriebenen Praktiken eines arbeitsscheuen Händler- und Spekulantentums?“

Wirtschaftliche Bewegung

Lohnregelung für Rheinland und Westfalen

Am 18. November 1922 fanden in Düsseldorf Verhandlungen statt, um die Stundenlöhne der Bauarbeiter für die zweite Novemberhälfte zu regeln. Die Vertreter der in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände erklärten sich bereit, entsprechend der eingetragenen außerordentlichen Verteuerung in den einzelnen Gegenden und insbesondere unter Berücksichtigung des Alters des Arbeitnehmers eine außerordentliche Verteuerungszulage ab 20. November zu gewähren. Und zwar für alle Arbeiter nach dem vollendeten 22. Lebensjahre, je nach den Vertragsgebieten, 15 Prozent, 20 Prozent bzw. 25 Prozent, und vor dem vollendeten 22. Lebensjahre 7 1/2 Prozent, 10 Prozent bzw. 12 1/2 Prozent. Nach längerer Verhandlung machten die drei unparteiischen Herren den Vorschlag, die bisherigen Stundenlöhne der Facharbeiter nach dem vollendeten 19. Lebensjahre, je nach den einzelnen Wohngebieten, um 36 %, 32 %, 80 % bzw. 75 % ab 16. November zu erhöhen. Die Löhnerhöhung der ungelerten Arbeiter nach dem vollendeten 19. Lebensjahre soll pro Stunde 3 % niedriger sein.

Nach diesem Vermittlungsvorschlage betragen die Stundenlöhne der über 19 Jahre alten Arbeiter ab 16. November einschließlch:

Vertrags- und Wohngebiet	Mauer	Stimmer	Bauhilfsarbeiter	Lehrerarbeiten
A. Vertragsgebiet rhein.-westf. Industriegebiet:				
	252,—	255,—	243,—	240,—
B. Vertragsgebiet Münsterland:				
Lohnklasse 1a, b	252,—	255,—	243,—	240,—
„ c	246,—	249,—	237,—	—
„ d	244,—	247,—	235,—	—
„ 2	238,—	241,—	227,—	223,—
„ 3	224,—	227,—	215,—	212,—
C. Vertragsgebiet Bistabdt.-Baderborn:				
Lohnklasse a, b, c	252,—	252,—	243,—	240,—
„ d	246,—	246,—	237,—	235,—
„ e	244,—	244,—	235,—	235,—
„ f	239,—	239,—	229,—	211,—
„ g	241,—	241,—	229,—	216,—
„ h	236,—	236,—	225,—	211,—
D. Vertragsgebiet Sauerland:				
Lohnklasse a, b, c, d	252,—	252,—	243,—	235,—
„ e	247,—	247,—	237,—	—
„ f	223,—	223,—	211,—	—

E. Vertragsgebiet Siegerland.

244,— | 244,— | 233,— | 332,—

In den Vertragsgebieten F. Köln, G. Kreis, H. Koblenz, J. Düsseldorf, K. Bergisches Land steigen die Stundenlöhne der über 19 Jahre alten Facharbeiter um 85 % und die der angeleiteten Arbeiter um 83 %.

Demnach betragen die Stundenlöhne für Maurer 255 %, Zimmerer 255,40 %, Hilfsarbeiter 245,30 %, Tiefbauarbeiter 245 %, Polierlohn 14720 %. Die Facharbeiter im Alter von 18 bis 19 Jahren erhalten in allen Wohngebieten pro Stunde 13 % weniger als die über 19 Jahre alten Facharbeiter.

Die Löhnerhöhung der jugendlichen Arbeiter ist wie folgt festgesetzt:

In dem Vertragsgebiet A, Vertragsgebiet B, Lohnklasse I a und b, Vertragsgebiet C, a, b und c, Vertragsgebiet D, a, b, o und d, Vertragsgebiet F, G, H, mit Ausnahme von Trier III und K: den 17- bis 18-jährigen 41 %, den 16- bis 17-jährigen 30 %, den 15- bis 16-jährigen 23 %, den 14- bis 15-jährigen 18 % je Stunde.

In dem Vertragsgebiet B, Lohnklasse I o und d, Vertragsgebiet C, d und e, Vertragsgebiet D, o und f und E und H Trier III: den 17- bis 18-jährigen 39 %, den 16- bis 17-jährigen 28 %, den 15- bis 16-jährigen 20 %, den 14- bis 15-jährigen 16 % je Stunde.

In den Wohngebieten B, Lohnklasse II, dem Vertragsgebiet C, f, g und h: den 17- bis 18-jährigen 37 %, den 16- bis 17-jährigen 36 %, den 15- bis 16-jährigen 16 %, den 14- bis 15-jährigen 14 % je Stunde.

In den Vertragsgebieten V, Lohnklasse III: den 17- bis 18-jährigen 32 %, den 16- bis 17-jährigen 23 %, den 15- bis 16-jährigen 15 % und den 14- bis 15-jährigen 11 % je Stunde.

Die gelerten Bauhilfsarbeiter unter 18 Jahren erhalten dieselben Verteuerungszulagen wie die gleichaltrigen Bauhilfsarbeiter desselben Wohngebiets. Die Zulagen werden vom 16. November 1922 ab gewährt. Die Parteien

Haben bis Montag, den 20. November 1922, nachmittags 6 Uhr, dem Herrn Oberregierungsrat Dr. Fischer zu Düsseldorf zu erklären, ob sie den Vermittlungsvorschlag annehmen. Erfolgt keine Benachrichtigung, so gilt der Vorschlag als angenommen.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, haben die Unternehmer dem Vorschlage zugestimmt, mit der Maßgabe, daß die Lohnhöhlungen ab 20. November (einschließlich) gezahlt werden.

Bezirk Gleiwitz

Die Stundenlöhne in Polnisch-Oberschlesien betragen ab 16. November bis einschließlich 30. November 1922 (in deutschem Geld) für

Table with 2 columns: Profession and Hourly Wage. Includes entries for masons, bricklayers, and various types of workers with their respective rates.

Aus dem Verbandsleben

Braunschweig. (Jahresbericht.) Am 1. November tagte die 19. Generalversammlung der Verwaltungsstelle. Den Jahresbericht des 1. Vorsitzenden annehmen wir: Denn auch das Jahr 1922 nicht alle unsere Hoffnungen erfüllt hat, so können wir doch mit Befriedigung feststellen, daß die Verwaltungsstelle Braunschweig ein gutes Stück vorwärts gekommen ist.

Gemen (Kreis Borken). Unsere hiesigen Kollegen folgten der Einladung des christlichen Bauarbeiterverbandes und versammelten sich am 15. November zum vollzähligen im Lokal Brühlhaus, um Mitglieder der Organisation zu werden.

Bau-Rundschau

Gegen die Erdrosselung der Bautätigkeit

Wegen der Reichsverband Deutscher Bauproduktionsgenossenschaften auf einer Sitzung ihres Vorstandes und Ausschusses am 19. November in Berlin-Grünberg in folgender Entschliessung Stellung:

stoffe und die Schaffung eines Holzlieferungsverbandes fordern, bieten dazu eine brauchbare Grundlage. Zwecks Verbilligung der Bauausführung fordert der Reichsverband die Unterstützung der gemeinnützigen Baubetriebe als Dreuhänder der Allgemeinheit durch Vergabe von Krediten und ihre Anerkennung als Großhändler für den Bezug von Baumstoffen.

Verhindert die Wohnungszwangswirtschaft das Bauen?

Zu dieser Frage nimmt das Reichsarbeitsministerium wie folgt Stellung: Die Wohnungsnot in Deutschland ist eine unausbleibliche Folge der wirtschaftlichen Weltkrise. Ein umfassender Wohnungsbau, der den Ausfall während des Krieges wieder gutmachen soll, wäre nur aus Ueberschüssen der Volkswirtschaft möglich.

Bücherchau

„Deutsche Arbeit“

Unsere Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiter, die „Deutsche Arbeit“, hat trotz der Schwierigkeit der Zeitverhältnisse bisher noch regelmäßig erscheinen können. Es besteht auch die Hoffnung, daß sie weiter durchhalten wird.

rang befaßt, die Möglichkeiten einer neuen Gestaltung unseres staatlichen Lebens. Unparteilichkeit der Staatsgewalt, Mitarbeit des Volkes will er erzielen durch Aufbau auf die ständische Selbstverwaltung und die Förderung des Heimatgefühls.

Unter den Rundschauern über Weltfinanzen, Arbeitsrecht, innerpolitische Lage, ist besonders die erste, von Wilhelm Salewski geschrieben, beachtenswert. Sie bietet Aufschlüsse über das Verhalten der Weltmächte uns gegenüber und gegeneinander in Fragen des Reparations- und Schuldennachlassproblems.

Briefkasten der Redaktion

Auf mehrere Anfragen teilen wir mit, daß das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1923 soeben fertig geworden ist und voraussichtlich schon in der allernächsten Zeit zum Versand kommen wird.

Sterbetafel.

- Am 30. Oktober starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Theodor Sattmann, im Alter von 50 Jahren.
Am 2. November starb unser treues Mitglied Karl Sorg aus Patzjell im Alter von 54 Jahren an Lungenleiden.
Am 3. November starb infolge Krebsleiden unser rühriger Vertrauensmann Matthäus Diehl im Alter von 50 Jahren.
Am 7. November starb in der Stadt Kranen-anstalt Bundenburg nach kurzem schweren Leiden unser lieber Kollege und Ortsgruppenleiter Gottfried Schmitz im Alter von 56 Jahren an Darmver-ickung.
Am 9. November starb nach längerer Krankheit unser Kollege Friedrich Winter im Alter von 54 Jahren.
Am 10. November verstarb unser Mitglied Franz Wulfert nach längerem Leiden an Lungenkrankheit.
Am 12. November starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege Johann Gehler im Alter von 67 Jahren an Lungenleiden.
Am 12. November starb unser Kollege Wilh. Ebers aus Reichedach an Lungenleiden.
Am 12. November starb im Alter von 21 Jahren nach kurzer heftiger Krankheit unser treuer Kollege Josef Hessel aus Berken, Kreis Reppen.
Am 20. November starb unser Mitglied August Erapp vom Ballon des 4. Stodwerkes, der zusammen- brach, herunter und blieb mit gebrochener Wirbel- säule auf dem Hof liegen. Der Tod trat nach einiger- Stunden ein.